

# Herr v. Waldow über unsere künftige Volksernährung.

Aus den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses.

135. Sitzung, Dienstag, 25. April.

Präsident Graf v. Schwerin-Böwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

## Landwirtschaftsetat. (Fortsetzung.)

Abg. Jany (konf.): Wenn der Abg. Braun gestern gegen die Schutzzölle für die Landwirtschaft gewettert hat, so ist er doch klug genug, um nicht zu wissen, daß das Volk unter dem Eindruck der Kriegserfahrungen sich immer mehr von der Richtigkeit unserer bewährten Wirtschaftspolitik überzeugt hat. Das die Produktion unter dieser Politik gestiegen ist, kann garnicht bezweifelt werden. Ein Uebermaß von bürokratischen Verordnungen hemmt die Produktion, weil sie in der Praxis nicht durchführbar sind. Bei der wenig erfreulichen Lage der Landwirtschaft waren die Ausführungen des Ministers ein Lichtbild. Wir sind gegen den fortschrittlichen Antrag, der volles Koalitionsrecht für die Landarbeiter verlangt. Der zweite fortschrittliche Antrag, der aus unserem Antrag betr. Kriegsbeschädigtenfürsorge die Bezugnahme auf die Kriegsschädigung streichen will, ist ein Schußbeispiel dafür, wie leicht die besten Anträge durch solche Abänderungsvorschläge verwässert werden können und wir lehnen ihn daher ab. Es wäre ein schlechter Dank an die Kriegsbeschädigten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lieber (nl.) begründet einen Antrag auf Vertretung des gesamten landwirtschaftlichen Berufsstandes und der Landarbeiter in den Landwirtschaftskammern und erklärt sich für den fortschrittlichen Antrag über das Vereinsrecht, der nur den Zustand in den neuen Provinzen auf den ganzen Staat übertragen will.

Abg. Verlach (Z.) begründet den Antrag, die im Ausschusstrag gewünschten wissenschaftlichen Forschungs- und Berufsarbeiten nicht nur auf dem Gebiet der Viehzucht, des Pflanzenbaus und der Ackerbautechnik, sondern auch auf dem der See- und Binnenfischerei zu fördern.

Minister v. Eisenhart-Rothe: Diese Anregungen werden eingehend geprüft werden. In diesem Sommer werden Fischereisachverständige ins Ministerium berufen werden. Der Minister kündigt einen Gesetzentwurf über die Vertretung der ländlichen Arbeiter in den Landwirtschaftskammern an und bezeichnet die vom Abg. Jany geäußerten Befürchtungen über die Schädigung des Kartoffelbaues durch kriegswirtschaftliche Maßnahmen als unbegründet.

## Ernährungsfragen.

Abg. Braun (Soz.) hält gegenüber dem Abg. Jany seine Ausführungen über die Wirkung der Schutzzölle aufrecht. Wenn die Konservativen das volle Koalitionsrecht für die Landarbeiter ablehnen, ihnen zwar eine Vertretung in den Landwirtschaftskammern geben, sie aber weiter unter Ausnahmegeetzen halten wollen, so erweisen sie damit den wahren Charakter ihres Antrags. Auch die Verbindung der Kriegsbeschädigtenfürsorge mit einer Kriegsschädigung läuft auf eine Täuschung hinaus.

Damit schließt die Aussprache. Die vom Ausschuss vorgelegten Anträge auf Förderung der Erzeugung usw. werden mit dem Antrag Verlach angenommen.

Der konservative Antrag betr. Kriegsbeschädigtenfürsorge auf Grund von Kriegsschädigung wird mit den dazu gestellten Anträgen der Nationalliberalen („Einer unseren Feinden aufzuerlegenden Kriegsschädigung“), Fortschrittler (Streichung der Bezugnahme auf Kriegsschädigung) und Sozialdemokraten (Kostendeckung durch eine bis zu 50 v. H. Kriegsgewinnsteuer auf Lebensmittelherzeuger und -händler, Landbeschaffung durch Aufteilung von Großgrundbesitz und Domänen) dem Haushaltsausschuss überwiesen, ebenso sämtliche Anträge über Reform der Landwirtschaftskammern und Erweiterung der Landarbeiterrechte.

Die weiteren Anträge des Ausschusses verlangen Uebertragung möglichst starker und rechtzeitiger Zulassung künstlicher Düngemittel an eine militärische Behörde, vermehrte Hinzuziehung von landwirtschaftlichen Sachverständigen bei der Vorbereitung von Maßnahmen des Kriegsernährungsamts, zeitweise Einschränkung des Fleischverbrauchs, soweit es die Ernährungsverhältnisse irgendwie zulassen, und Zuführen von Vieh aus den besetzten Gebieten und neutralen Ländern zur Erhaltung der Milchviehbestände, Förderung der Schweinezucht, auch durch angemessene Heraussetzung der Schlachtviehpreise, gleichmäßige Festsetzung der Fleischration in allen Orten, wesentliche Milderung der Bundesratsverordnung über Beschränkung des Fremdenverkehrs, besonders Besserung der Hotel- und Restaurationsbetriebe bei Bedarf, Erhaltung der gebührenden Mitarbeit für den Getreide- und Kartoffelhandel, endlich soll die auf dem Lande stattfindende Kontrolle in einer nicht verletzenden und die Berufsfreudigkeit der Landwirte nicht herabsetzenden Form erfolgen.

Abg. Dr. Hoesch (konf.): Wir sind nur schwer darüber hinwegkommen, daß das preussische Landwirtschaftsministerium in seinen Befugnissen durch das Kriegsernährungsamt so außerordentlich eingeschränkt wurde. Die Vorteile, die man sich davon versprach, sind ausgeblieben. Vor der Herabsetzung der Brotration für den landwirtschaftlichen Arbeiter hat man es nicht für nötig erachtet, die berufenen landwirtschaftlichen Instanzen zu hören. Im Reichstag erklärte der Vizekanzler, die Herabsetzung der Brotration sei noch nicht geplant, aber schon hatten die Oberpräsidenten die entscheidende Verordnung herausgegeben. Der Zucker- und Rübenbau kann doch nur gefördert werden durch angemessene Preise für die Rüben, desgleichen der Futtermittelbau. Kommt jetzt ein Höchstpreis für Ferkel, wird niemand mehr Zuchtstauen halten. Die Düngerversorgung muß verbessert werden, am besten übertragen wir sie einer militärischen Behörde.

Abg. Alpmann (Fortschr. Vp.): Auf dem Gebiete der Metallbeschaffung sind Eingriffe der kleinsten Art vorgenommen worden. Gegenstände, die für den Haushalt dringend nötig sind, werden einfach beschlagnahmt, obwohl es doch bekannt ist, eine wie große Beute an Metall wir in diesem Kriege gemacht haben. Wegen einiger Pfund Messing oder Bronze werden die Häuser ihrer Türklinen beraubt, und es wird nicht einmal ein genügender Ersatz geliefert. Hier muß unbedingt eine Aenderung eintreten. Die süddeutschen Staaten haben alles zurückgehalten und ihre Bürger viel besser gestellt, wenn aber die erholungsbedürftigen Preußen in diese Länder der guten Verwaltung gehen wollen, so soll ihnen das verwehrt oder, wie auch im übrigen Reich, gegebenenfalls nur gegen freisärztliches Zeugnis möglich sein. Wir fordern Milderung dieser „Nichtlinien“ und Erleichterung der Erholung auch für die geistigen Arbeiter.

An der Förderung der Erzeugung sind auch die Verbraucher im höchsten Maße interessiert, darum auch an guter Düngemittelversorgung. Den Schleichhandel haben nicht nur Private, sondern auch Industriewerke, Städte, hohe und höchste Staatsbehörden unter dem Druck der Not benützt. Auf unsere Frage, ob völlige Verhinderung des Schleichhandels nicht die bedenklichsten Folgen für unsere Volksernährung und Leistungsfähigkeit haben würde, hat man auf die eingerichteten Industriezentralen hingewiesen. Hoffen wir, daß sie genug erhalten. Aber wie soll es mit den großen Städten werden? Hat denn die Stadt Neudün mehr begangen als viele andere Städte, Industriewerke und selbst Staatsbehörden? Der Staatskommissar und das Kriegsernährungsamt stehen dem Vorgehen gegen Neudün fern. (Hört, hört!)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Die neueste Metallbeschlagmaverordnung ist von allen Interessenten gebilligt worden, bevor sie erging. Alte Erbstücke aus Kupfer können von den Gemeinden aus der Beschlagnahme ausgenommen werden. Eine Differenzierung zugunsten eines Bundesstaats ist nicht erfolgt. Die unerlässlich notwendige Maßnahme soll mit aller Schonung (Aha-Rufe) durchgeführt werden. Die Kleiderbeschaffung für Rüstungs- und Eisenbahnarbeiter ist ebenso notwendig. Die Zahl der auszubringenden Anzüge wird auf die Bundesstaaten nach der Zahl der Einwohner und der Wehrbeitragspflichtigen umgelegt. Die Gemeinden können auch jeden anderen Maßstab anwenden. Wer bereits Anzüge abgeliefert hat, kann das mit Erfolg geltend machen. Zunächst handelt es sich nur um eine freiwillige Abgabe überflüssiger Anzüge, die erleichtert wird durch bessere Bezahlung und durch die spätere Anrechnung jeht abgelieferter, wenn eine zwangsweise Abgabe nötig werden sollte.

Staatskommissar für Volksernährung v. Waldow: Die Maßnahmen, über die sich Abg. Hoesch beschwerte, sind Kriegsnotwendigkeiten. Wir sind die Hände gebunden, ich kann nicht in dem Maße auf die landwirtschaftliche Erzeugung Rücksicht nehmen, wie wenn ich allein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgehen könnte. In den Ernährungsbeiräten sitzen überall landwirtschaftliche Sachverständige. In dem Reichstagsbeirat, dessen Abg. Hoesch nicht sehr liebevoll gedacht hat, dessen sachverständige Mitarbeit ich ebenfalls anerkennen muß, sind die Hälfte Landwirte. Aufklärung durch die berufenen Führer der Landwirtschaft würde manche Bestimmung hinwegräumen. Mit unserer Brotversorgung sind wir bis zur neuen Ernte allerdings auf Zuschüsse aus der Ukraine angewiesen, hoffentlich treffen sie rechtzeitig ein, alles ist vorbereitet. Die ukrainische Regierung hat sich verpflichtet, bis zum 31. Juli 1 Million Tonnen Getreide zu liefern. Die Mittelmächte haben sich vorbehalten, soweit und wo die ukrainische Eintaufstätigkeit versagt, eigene Organisationen zu errichten. Das wird im Mai geschehen. Der Einkauf konnte erst beginnen, nachdem das Land in gewissem Grade pazifiziert ist. Die verbündeten Truppen haben die wichtigsten Getreidegebiete erreicht, die Hauptstraßenknotenpunkte besetzt und unter ihrem Schutz kann der Einkauf beginnen. Die militärische Organisation des Transports gewährleistet uns wohl, daß wir gewisse Mengen hereinbekommen — wieviel ist noch nicht zu übersehen. Es besteht kein Grund zur Besorgnis, wir werden selbstverständlich mit unserer Brotversorgung durchkommen, aber die Entwicklung der ukrainischen Verhältnisse ist mit großer Vorsicht zu beobachten. — Nach der Bestandaufnahme sind bei uns

noch 750 000 Tonnen Getreide ermittelt

und erfasst worden. Ich würde meine Pflicht veräumen, wenn ich diese Menge nicht erfassen wollte. Härten haben sich diejenigen zuzuschreiben, die nicht rechtzeitig abgeliefert haben. Die Beschaffung von Ersatzfuttermitteln bei unserer katastrophalen Winterernte an Futtermitteln ist unbedingt nötig. Wir mußten 30 Mill. Ztr. Kartoffeln für die Militärpferde abgeben. Infolge der Futternot ist unser Viehbestand kaum noch den Anforderungen der Fleischversorgung im jetzigen Umfang gewachsen, indessen haben wir Vieh aus den besetzten Gebieten erhalten. Da der Stickstoff zunächst für die Munition gebraucht wird, besteht nicht allzu große Hoffnung auf keine Verwendung an die Landwirtschaft. — Die Fremdenverkehrsverordnung ersetzt die nicht immer die allgemeinen Verkehrsverhältnisse berücksichtigenden Bestimmungen der kommandierenden Generals; die einzelnen Anordnungen bedürfen der Zustimmung des Kriegsernährungsamts. Zu einem Aufenthalt bis 4 Wochen braucht man kein ärztliches Zeugnis.

Der Schleichhandel kann so nicht weiter geduldet werden, er entzieht solche Mengen der öffentlichen Bewirtschaftung, daß die Volksernährung gefährdet wird. In das schwebende Gerichtsverfahren des Falles Neudün darf und will ich nicht eingreifen. Das Verfahren war bereits 6 Wochen vor der Veröffentlichung der Neudünener Denkschrift eingeleitet. Es ist nur richtig, wenn die Speisekarten der Hotels und Gasthäuser so einfach werden, wie in jedem Haushalt.

Wir hatten 1915 eine Winterernte an Gerste und Hafer, 1916 eine schwere Winterernte an Kartoffeln, 1917 eine ebensolche an Futtergewächsen und eine sehr geringe Kartoffelernte. Wenn wir jetzt auch nur eine Mittelernte erzielen, so wird mit den Zuschüssen aus Rumänien unsere Volksernährung im großen und ganzen gut gesichert sein. Hauptache ist natürlich die Erzeugung des eigenen Landes. Ein Anbauzwang würde sie nicht fördern, sondern schädigen. Wegen der Knappheit der Nahrungsmittel wird auch einige Zeit nach dem Kriege die Verfügungsfreiheit der Produzenten Einschränkungen erdulden müssen. Eine baldige Beendigung des Krieges wird aber die Erzeugungsmöglichkeiten der Landwirtschaft günstiger gestalten. Die Zukunft wird den freien Bauern auf freier Scholle geben. Bis dahin aber gilt es durchzuhalten. Die Heldentaten unserer Heere sollten jeden von uns mit Zuversicht auch für unsere Volksernährung erfüllen.

Das Haus verläßt die Weiterberatung auf Freitag, 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.